



Das geplante Skizentrum in Piesendorf. Bis es steht, könnten noch Jahre vergehen. Bilder: SN/SCHMITTENHÖHE (1), BAYER (2)

Der lange Weg zum neuen Skigebiet

Prüfungsmarathon. Zwei Mill. Euro zahlt die Schmittenhöhebahn Zell am See für neue Pisten und Lifte, noch ehe die Genehmigung vorliegt. 29 Gutachten waren nötig.

ANTON KAINDL

ZELL AM SEE, FLACHAU (SN). Die Schmittenhöhebahn in Zell am See will 72 Mill. Euro in neue Pisten und Lifte investieren. Mit dem Projekt Hochsonnberg soll die Schmittenhöhe von der im Süden gelegenen Gemeinde Piesendorf aus erschlossen werden. Die dafür nötige Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beschäftigt das

Seilbahnunternehmen mehrere Jahre.

Schmittenhöhe-Vorstand Erich Egger: „Wir brauchen mehr Pistenfläche. Es gab seit Jahrzehnten die Überlegung, Richtung Westen nach Saalbach zu erweitern. 2006 begannen wir mit den Planungen.“ Aber die Skierschließungskommission des Landes sagte Nein, weil es sich um eine Neerschließung von Skigebieten han-



delte, für die es in Salzburg ein Moratorium gibt. Stattdessen einigte man sich auf die Erweiterung Richtung Piesendorf. Erweiterungen sind gestattet.

2008 begannen die Planungen für das Projekt Hochsonnberg. Es gab aus ökologischen Gründen zahlreiche Änderungen. 29 Gutachten von teils renommierten Experten waren nötig. Das Ergebnis war die Umweltverträglichkeitserklärung (UVE). Von dieser wurden im April dieses Jahres 14 Kopien und 14 Teilkopien in rund 50 Kisten an die Behörden geliefert. Jedes Fachgutachten wurde von einem Amtsgutachter unter die Lupe genommen. Am 6. und 7. Dezember ging die zweitägige UVP-Verhandlung über die Bühne. Den Bescheid hofft Egger im März zu erhalten. Dann würde bei einer Berufung noch einmal ein Jahr ins Land ziehen, bis zu bauen begonnen werden kann.

Egger betrachtet die Prüfung als sinnvoll. „Die UVP ist ein vollständiges Genehmigungsverfahren. Wenn der Bescheid Rechtskraft hat, können wir sofort beginnen.“ Das Problem sei aber der Umfang. „Wir mussten zum Beispiel für den Brandsachverständigen auch auflisten, welche Küchengeräte im Buffet verwendet werden. Insgesamt haben wir bisher zwei Mill. Euro investiert und wissen dennoch nicht, ob Hochsonnberg genehmigt wird.“ Sinnvoll sei eine Vorbegutach-

tung, bei der geklärt werden sollte, ob ein Projekt ökologisch unverträglich sei und ob Ausgleichsmaßnahmen möglich seien.

Ähnliche Erfahrungen hat auch Ernst Brandstätter gemacht. Er ist Geschäftsführer der Flachauer Bergbahnen, denen auch das Skigebiet Monte Popolo in Eben im Salzburger Pongau gehört. Brandstätter: „Wir hatten in Eben 23 Behördenverfahren. Dabei war das ein seit den 70er-Jahren bestehendes Skigebiet. Wir haben 2008 nur die Lifte ersetzt und eine Beschneidung gebaut.“

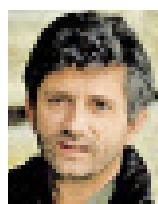
Brandstätter ist seit 30 Jahren in der Seilbahnbranche. Er sagt: „Früher haben wir in einem Jahr geplant und gebaut. Heute muss-

tu drei Jahre vorher planen. Das Problem sind die Mehrgleisigkeiten. Das Verfahren müsste für alle einfacher und überschaubarer sein.“ Schuld seien aber nicht die Beamten, sondern die Politik, die dauernd neue Gesetze schaffe. „Da wäre bei einer Verwaltungsreform vieles möglich.“

Bei einem Vorhaben wie in Eben seien drei bis vier Leute im Unternehmen ein Jahr lang nur mit Planung und Vorarbeit beschäftigt, sagt Brandstätter. „Eine kleine Liftgesellschaft schafft das gar nicht.“ Und dann wisse man nicht, ob das Projekt auch genehmigt werde. „Da überlegen sich die Eigentümer, ob sie sich das antun und das Risiko eingehen.“

PRO

Verfahren sind meist kurz



WOLFGANG WIENER, LANDESUMWELTANWALT SALZBURG

Die Behördenverfahren für Anlagen außerhalb einer UVP-Pflicht sind im jahrelangen Vergleich sehr kurz und kundenfreundlich.

Große, also UVP-pflichtige Anlagen werden EU-rechtskonform strenger geprüft und brauchen mehr Vorbereitungszeit. Es werden nicht nur direkte Auswirkungen durch Lift- und Pistenbau aufgezeigt, sondern auch indirekte Effekte wie zum Beispiel die zu erwartende Verkehrsbelastung. Allein die Größe rechtfertigt bereits den zusätzlichen Aufwand. Umstrittene Projekte, meist in oder nahe bei Schutzgebieten, dauern oft lang und bringen öffentliche Auseinandersetzungen, die auch unsachlich geführt werden. Diese kritischen Projekte machen nur einen verschwindend kleinen Prozentsatz aller Verfahren aus. Sie werden aber gern dazu benutzt, um Gesetzesänderungen zu verlangen.

Ihre Meinung? www.salzburg.com/meinung

KONTRA

UVP-Verfahren dauern Jahre



FRANZ HÖRL, SEILBAHNENSPRECHER ÖSTERREICH

Das UVP-Gesetz sollte in die Bewilligungspraxis das One-Shop-Prinzip einführen. Mehrere Bewilligungen sollten in einem Verfahren zügig und schnell abgearbeitet werden. Leider haben sich dieses Gesetz und die Bewilligungspraxis gegenteilig entwickelt. Das Problem ist nicht nur die Bewilligungsdauer selbst, sondern die langwierigen Vorprüfungen. Um den Anforderungen einer Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) zu entsprechen, müssen schon im Vorfeld ein bis eineinhalb Jahre investiert werden. Beides zusammen ergibt eben mehrere Jahre bis zur Genehmigung. Neben dem Zeitfaktor spielt auch der Kostenfaktor eine Rolle. Die Erstellung einer UVE verschlingt je nach Projekt rund 100.000 bis 500.000 Euro. Insgesamt sind für ein komplettes UVP-Verfahren für Großprojekte wie in Zell am See durchaus ein bis zwei Mill. Euro zu veranschlagen.

Ihre Meinung? www.salzburg.com/meinung

„Energieeffizient und damit auch umweltfreundlich präparieren gehört für den Marktführer in unseren Skiregionen zur täglichen Hausaufgabe.“

Geschäftsführer Peter Soukal

PistenBully



KASSISCHER GELÄNDEFÄHRZEUG AG

www.netzwerk-winter.at